

40 Millionen Euro für ehemalige DDR-Heimkinder Artikel aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 13. Juni 2012

URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/DDR-heimkinder-kabinett-beschliesst-zweiten-hilfsfonds-11783981.html>
(Stand 13. Juni 2012)

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

DDR-Heimkinder

Kabinett beschließt zweiten Hilfsfonds

13.06.2012

Das Bundeskabinett hat beschlossen, für misshandelte Kinder aus DDR-Heimen einen Hilfsfonds in Höhe von 40 Millionen Euro einzurichten. Ein ähnlicher Fonds für Heimkinder aus Westdeutschland arbeitet seit Beginn dieses Jahres.



Im Dunkelzellentrakt: Der ehemalige Insasse Ralf Weber im ehemaligen „Geschlossenen Jugendwerkhofes“ Torgau in Sachsen

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch in Berlin die Einrichtung eines Hilfsfonds für ehemalige DDR-Heimkinder beschlossen. Der Fonds soll mit 40 Millionen Euro ausgestattet werden, die jeweils zur Hälfte vom Bund und den ostdeutschen Ländern sowie Berlin finanziert werden. Von Juli an sollen Anlaufstellen ihre Arbeit aufnehmen, bei denen frühere Heimkinder Anträge auf Hilfen und Einmalzahlungen für entgangene Renten stellen können.

Die Betroffenen erhalten im Wesentlichen Sachleistungen, etwa die Erstattung von Ausgaben für Therapien oder Reha-Maßnahmen, die die Krankenkassen nicht bezahlen. Außerdem können sie Rentennachzahlungen beantragen, wenn für sie in jungen Jahren von den Heimen keine Sozialbeiträge gezahlt worden sind. Viele der Jugendlichen in den Heimen mussten arbeiten. Wie viele Anträge gestellt werden, ist offen. Der Fonds soll bis 2016 arbeiten.

Bis zu 400.000 Kinder in DDR-Heimen

Fachleute nehmen an, dass von 1949 bis zum Ende der DDR 1990 insgesamt 300.000 bis 400.000 Kinder und Jugendliche in Heimen waren. Viele leiden unter den Spätfolgen brutaler Erziehungsmethoden und Misshandlungen. Der Bund und die ostdeutschen Länder hatten sich nach dem Vorbild des Fonds für frühere Heimkinder in der Bundesrepublik auf einen zweiten Fonds für Opfer der Heimerziehung in der DDR verständigt.

Der Fonds für Heimkinder aus der früheren Bundesrepublik arbeitet seit Beginn dieses Jahres und ist mit 120 Millionen Euro finanziert, die je zu einem Drittel vom Bund, den westdeutschen Ländern und den Kirchen beigesteuert werden. In der Bundesrepublik waren die meisten Heime in kirchlicher Trägerschaft.